

Ökonomische Realitäten lassen Bidens Offshore-Wind-Pläne scheitern

geschrieben von Chris Frey | 13. Dezember 2022

[H. Sterling Burnett](#)

[Gibt es diese ökonomischen Realitäten nicht auch hierzulande? A. d. Übers.]

Die Pläne von US-Präsident Joe Biden für industrielle Offshore-Windkraftanlagen an den Küsten des Landes haben noch einige Hürden zu überwinden, bevor sie Realität werden können.

Im Rahmen seines Plans, die Treibhausgasemissionen der USA bis 2030 um 50 Prozent unter das Niveau von 2005 zu senken, hat Biden den Bau von 30.000 Megawatt traditioneller Offshore-Windkraftanlagen (mit am Meeresboden befestigten Strukturen) in Bundesgewässern bis 2030 und von weiteren 15.000 Megawatt schwimmender industrieller Offshore-Windkraftanlagen bis 2035 angestrebt. Um diese Ziele zu erreichen, drängt die Regierung Biden auf die Verpachtung von Gebieten in Bundesgewässern im Golf von Mexiko und im Golf von Maine sowie vor den Küsten von Neuengland, den mittelatlantischen Staaten, North Carolina, South Carolina, Kalifornien und Oregon.

Innenministerin Deb Haaland, deren Ministerium für die Regulierung des äußeren Kontinentalschelfs der USA zuständig ist, erörterte den Plan auf einem Treffen der Windindustrie in Boston im Jahr 2021.

„Das Innenministerium legt einen ehrgeizigen Fahrplan vor, um die Pläne der Regierung zur Bekämpfung des Klimawandels voranzutreiben, gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und den Übergang der Nation zu einer saubereren Energiezukunft zu beschleunigen“, sagte Haaland.

Wie Haaland klarstellte, geht es bei den Offshore-Wind-Bemühungen der Regierung Biden um mehr als die Bekämpfung des Klimawandels. Sie laufen auch auf ein staatlich finanziertes Beschäftigungsprogramm hinaus, bei dem Hunderte von Milliarden an Steuergeldern in die Förderung sogenannter grüner Energie- und Verkehrsprojekte gesteckt werden. Stellen Sie sich das als das Äquivalent von Präsident Franklin Roosevelts Civilian Conservation Corps aus der Zeit der Depression und Bidens grünem New Deal durch die Hintertür vor.

Das Problem ist, dass Bidens Traum von grüner Energie ein Albtraum für die Verbraucher ist, die mit viel höheren Energiepreisen konfrontiert werden.

Glücklicherweise können die wirtschaftlichen Probleme, die durch die Bestimmungen des Inflation Reduction Act (IRA) entstanden sind,

unüberwindbare Hürden für Bidens grünen Traum von riesigen Windturbinen errichten, welche die Ozeanlandschaften verschandeln.

Bevor wir uns mit den wirtschaftlichen Problemen befassen, die verschiedene vorgeschlagene Windkraftprojekte behindern, sollten wir über die wirtschaftlichen Aspekte sprechen, die dafür gesorgt haben, dass keine der vorgeschlagenen industriellen Offshore-Windkraftanlagen jemals die Genehmigungsphase erreicht hat.

Offshore-Windkraft ist die teuerste Stromquelle, die überhaupt in Frage kommt, und eine der unzuverlässigsten. Die starke Abhängigkeit von Offshore-Windkraftanlagen ist einer der Gründe, warum Großbritannien heute die **höchsten** Strompreise der Welt hat. Im Gegensatz zu den Märkten, wo Preiserhöhungen fast immer dafür sorgen, dass das Angebot steigt, um die Nachfrage zu decken und damit letztlich die Preise zu senken, ist die Windenergie nicht auf Anreize angewiesen, sondern auf die Natur. Trotz hoher Preise kam es im Vereinigten Königreich und anderen europäischen Ländern zu Energieengpässen, als im Sommer über der Nordsee Windstille herrschte und die Turbinen tage- oder wochenlang stillstanden.

Sprechen wir über die vergleichbaren Kosten. Vor den großzügigen Steuergutschriften des Bundes und anderen staatlichen und bundesstaatlichen Unterstützungen liegen die **Kosten** für Strom aus neuen Offshore-Windkraftanlagen nach Angaben der U.S. Energy Information Administration bei 136,51 Dollar pro Megawattstunde (Mwh). Selbst wenn neue Gaspipelines gebaut werden müssten, könnte Erdgas die Energie anstelle von Bidens Offshore-Wind-Monstrositäten zu einem Bruchteil dieser Kosten liefern. Außerdem müssen die Arbeitsplätze, die durch die Erdgasförderung und -nutzung entstehen, nicht vom Steuerzahler subventioniert werden, da diese Unternehmen nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten: Sie machen Gewinne und zahlen Steuern, anstatt diese zu verbrauchen.

Wenn man Erdgas von vornherein ablehnt, weil es am Ort der Erzeugung Treibhausgase freisetzt, wäre entweder Solarstrom zu 36,49 \$/Mwh vor Steuergutschriften oder Onshore-Windstrom zu 40,23 \$/Mwh für die Steuer- und Gebührenzahler ein viel besseres Geschäft als Offshore-Windstrom.

Offshore-Windkraftanlagen sind nichts anderes als große Tugendwächter – ein Glücksfall für die politisch verbundenen Unternehmen, die sie bauen und betreiben.

Oder sie wären es, wenn die Realität nicht ihr hässliches Haupt erheben würde. So zum Beispiel:

„Pläne für massive Offshore-Windparks, von denen Präsident Joe Biden hofft, dass sie bis 2030 bis zu 10 Millionen amerikanische Haushalte mit Strom versorgen werden, geraten ins Wanken“, berichtete Bloomberg kürzlich. Das Versorgungsunternehmen *Public Service Enterprise Group* (PSEG) aus New Jersey, dem 25 Prozent von Ocean Wind 1 gehören, der

größten geplanten Offshore-Windanlage vor der Küste New Jerseys, erwägt den Rückzug aus dem Projekt. Ocean Wind 1 soll 98 gigantische 12-Megawatt-Turbinen aufstellen, die an ihren Blattspitzen 270 m über den mittleren Niedrigwasserstand hinausragen, und sie würden 20 km vor der Küste von Atlantic City errichtet werden. Wenn die Anlage betriebsbereit ist und wie geplant funktioniert, würde sie 1,1 Gigawatt erzeugen, genug für 500.000 Haushalte.

Das Problem für PSEG besteht darin, dass die Material- und Arbeitskosten steigen und Engpässe in der Lieferkette den Bau immer wieder verzögern. Diese Probleme sind nicht nur bei Ocean Wind 1 zu beobachten. Bloomberg schrieb Mitte Oktober: „Der Neuengland-Versorger Avangrid Inc. erklärte, sein ähnlich großes Projekt Commonwealth Wind sei wegen höherer Kosten und Lieferketten-Problemen nicht mehr lebensfähig.“

„Globale Rohstoffpreiserhöhungen, die zum Teil auf den anhaltenden Krieg in der Ukraine zurückzuführen sind, drastische und plötzliche Erhöhungen der Zinssätze, anhaltende Einschränkungen in der Versorgungskette und anhaltende Inflation haben die erwarteten Kosten für den Bau des Projekts erheblich erhöht, so die Anwälte von Avangrid in dem Antrag“, berichtet Bloomberg. Diese Probleme haben Avangrid gezwungen, die staatlichen Aufsichtsbehörden zu bitten, die Prüfung des Vertrags auszusetzen, damit das Unternehmen den Zeitplan und die Kostenschätzungen neu bewerten kann.

Ein weiteres Hindernis für Bidens grandiose Offshore-Windpläne sind die Bestimmungen des kürzlich verabschiedeten und völlig falsch benannten Inflation Reduction Act IRA. Obwohl die IRA-Subventionen für grüne Energietechnologien wie Offshore-Wind verschwenderisch sind, sind sie an Bedingungen geknüpft, die die Gewerkschaften begünstigen, was mit ziemlicher Sicherheit die Verwirklichung vieler Projekte verhindern wird.

Ich habe bereits früher darüber geschrieben, wie die manche Bestimmungen im IRA die Ziele für die Nutzung von Elektrofahrzeugen wahrscheinlich unmöglich machen werden. Die Automobilindustrie stellt fest, dass die Bestimmungen, wonach die für die Konstruktion und den Antrieb von Elektroautos verwendeten Materialien in Amerika produziert und/oder hergestellt werden müssen, es praktisch unmöglich machen werden, alle mit Benzin betriebenen Fahrzeuge in der geforderten Zeit zu ersetzen. Diese Mineralien und Materialien werden nicht in Amerika abgebaut, raffiniert oder zusammengebaut, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Umweltgesetze, die derzeit ihre Entwicklung und Herstellung im Inland verhindern, bald geändert werden. In Minen, die 2030, 2035 oder später eröffnet werden, können heute keine Elektrofahrzeuge hergestellt oder verkauft werden.

Diese oder ähnliche Bestimmungen gelten auch für Entwickler von Offshore-Windkraftanlagen, die Bundesdarlehen, Subventionen und Steuergutschriften beantragen.

Steuergutschriften werden nur für Offshore-Windprojekte gewährt, die ihren Arbeitern die üblichen Gewerkschaftslöhne zahlen, was bedeutet, dass sie keine Billiganbieter einsetzen dürfen. Noch wichtiger ist, dass das IRA eine Anforderung an den inländischen Anteil der Komponenten stellt, die in allen Bereichen eines großen Windkraftprojekts verwendet werden. Gondeln, Turbinen, Batterien, Drähte und andere Teile müssen zu mindestens 40 Prozent aus inländischer Produktion stammen, wenn der Bau vor 2025 beginnt, und zu 55 Prozent, wenn er nach 2026 beginnt. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass diese „Buy America“-Standards von irgendeinem industriellen Offshore-Windprojekt, das sich derzeit in der Bau- oder Genehmigungsphase befindet, erfüllt werden können.

Tatsächlich werden die Bestimmungen wahrscheinlich vor einem internationalen Gericht landen, weil unsere europäischen [Verbündeten](#) und wahrscheinlich auch die Chinesen, die am meisten von den Anforderungen an den Inlandsanteil betroffen wären, diese als unfaire Handelspraktiken im Rahmen verschiedener Handelsabkommen anfechten wollen.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist die rasche Genehmigung von Offshore-Windprojekten in großem Maßstab im Vergleich zu allen anderen möglichen Stromerzeugungsquellen nicht sinnvoll. Im Hinblick auf die Energiesicherheit ist Bidens Plan geradezu gefährlich: Er würde große Teile der Vereinigten Staaten unvorhersehbaren periodischen Stromausfällen aussetzen. Glücklicherweise werden die Bestimmungen des IRA, mit denen die Gewerkschaften zur Unterstützung des Gesetzes bewegt werden sollen, in der Praxis viele, wenn nicht sogar alle von Bidens großartigen Plänen für Offshore-Windkraftanlagen zunichte machen. Zumindest sollten wir hoffen, dass sie das tun.

Quellen: [Bloomberg](#), [CNBC](#); [Climate Change Weekly](#); [Congressional Research Service](#); [The New York Times](#); [The White House](#); [The White House](#); [Climate Change Weekly](#)

Link:

<https://www.heartland.org/news-opinion/news/economic-realities-dash-bidens-offshore-wind-plans>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE